

Rede von Sabine Niels

Sabine Niels spricht zum bündnisgrünen Antrag "Kein Platz für Massentierhaltung - für eine zukunftsfähige Tierhaltung in Brandenburg"

[>>> Redemanuskript als pdf](#)

[>>> der bündnisgrüne Antrag als pdf](#)

Es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste,

Genießen sie auch so gerne ein gutes Stück Fleisch und wollen bei einem guten Steak auch nicht der Kuh in die Augen schauen? Wissen Sie unter welchen Bedingungen die

Tiere lebten, welches Futter und welche Medikamente sie verabreicht bekamen? Wie wäre es, wenn wir einfach guten Gewissens genießen könnten?

Immer mehr Menschen ist nicht nur das Wohlergehen von Haustieren wichtig, sondern auch das der Nutztiere durch eine artgerechte Haltung. Mit jedem Lebensmittelskandal von Antibiotika bis Dioxin fordern mehr Bürgerinnen und Bürger Bauernhöfe statt Agrar- und Fleischfabriken. Im Januar gingen in Berlin 23.000 Menschen für eine andere Agrarpolitik auf die Straße. Auch in Brandenburg setzen sich sehr viele Bürgerinitiativen engagiert gegen Massentierhaltung ein. Ich erinnere nur an die geplante gigantische Schweinemastanlage Hassleben und an Glietz, wo 163.200 (!) Hähnchen auf engstem Raum gehalten werden sollen. Das eigentliche Problem sind nicht die vereinzelt Schwarzen Schafe, sondern das System der globalisierten Agrarindustrie, ermöglicht und gefördert durch unsere Agrarpolitik

Unserer Auffassung nach müssen sich die Tierhaltungsbedingungen an den Ansprüchen der jeweiligen Tierart und nicht an den geringstmöglichen Erzeugungskosten orientieren. In vielen Mastbetrieben haben die Tiere aber zu wenig Auslauf oder bekommen nie das Tageslicht zu sehen. Schweine können sich nicht im Schlamm suhlen, Hühner nicht in der Erde scharren wie es ihrem Naturell entspricht. Stattdessen stehen Schweine auf Spaltenböden ohne Stroh, wo sie den Ammoniakgestank ihrer eigenen Hinterlassenschaften ertragen müssen, der nicht selten zu Verätzungen der Augen führt.

Hühner unterliegen wegen hoher Besatzdichten einem erhöhten Verletzungsrisiko aufgrund von Konkurrenzkämpfen. Als vermeintliche Lösung werden den Masthähnchen und übrigens auch Puten die Oberschnäbel gestutzt, damit sie sich nicht mehr gegenseitig anpicken können. Die Anwendung dieser für die Tiere schmerzhaften Methode zeigt, dass es sich hier um eine Form der industrialisierten Landwirtschaft handelt, die mit der traditionellen Tierhaltung nur noch wenig zu tun hat. Masse statt Klasse ist der Normalfall geworden, um Fleisch zu Spottpreisen auf den internationalen Markt zu werfen. Durch diesen Fleischexport werden die lokalen Märkte und damit traditionelle Landwirtschaft in den Entwicklungsländern zerstört und die Menschen von Lebensmittelimporten abhängig gemacht. Eine derartige Landwirtschaft dürfen wir nicht

weiter zulassen und gar mit öffentlichen Mitteln fördern. Immer mehr Menschen fordern öffentliche Mittel nur noch für öffentliche Leistung wie artgerechte Tierhaltung. Und das ist richtig so.

Artgerechte Tierhaltung muss Grundlage der landwirtschaftlichen Förderpolitik sein. Daher dürfen mit dem Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum Brandenburgs in der nächsten EU-Förderperiode nicht mehr pauschal der Bau und die Erweiterung von Mastanlagen gefördert werden, sondern nur noch Maßnahmen, die zu einer artgerechten Tierhaltung führen, also Maßnahmen, die deutlich über die jetzigen gesetzlich vorgegebenen Mindestbewegungsflächen- und -ausstattung hinausgehen.

Wie heißt es so schön? Die Nachfrage bestimmt das Angebot, sprich, der Verbraucher entscheidet über die Produktionsbedingungen.

Wir fordern deshalb die Einführung eines einheitlichen, verpflichtenden und anspruchsvollen Tierschutzlabels, welches auf Bundesebene eingeführt werden soll. Durch eine eindeutige Kennzeichnung sollen Verbraucherinnen und Verbraucher auch bei Produkten mit tierischen Bestandteilen - wie beispielsweise Eiern in Nudeln - erkennen können, aus welcher Haltungsform die Zutaten stammen und wie sie erzeugt werden. Wir können eben nur gezielte Einkaufsentscheidungen fällen, wenn wir ausreichende und qualifizierte Informationen über die Produkte und deren Erzeugung erhalten.

Die steigende Anzahl von Massentierhaltungsanlagen geht nicht nur zu Lasten der Tiere und Verbraucher, sondern auch zu Lasten der bestehenden mittelständischen und bäuerlichen Betriebe.

Wir bitten deshalb um Zustimmung zur Überweisung unseres Antrages in die entsprechenden Ausschüsse, damit wir dort die Zukunft der Tierhaltung und damit auch die des ländlichen Raumes diskutieren können. Wie sie wissen geht es nicht nur um glückliche Schweine und Hühner.

Vielen Dank